GERMAN RESOURCES ON THE MARIANA ISLANDS DIGITAL LIBRARY

compiled by Dirk HR Spennemann

44. Lion, Dr. 1908. "Imperialismus und Kolonialpartikularismus." [Imperialism and colonial particularism]. *Deutsche Kolonialzeitung* 25, nº 9, pp. 105–106.

Item on the treatment of Indians in British South Africa. Implications on neighbouring colonies are mentioned.

Source of Annotated Bibliography Entry:
Dirk H. R. Spennemann (2004) *An Annotated Bibliography of German Language Sources on the Mariana Islands*. Saipan, Commonwealth of the Northern Mariana Islands : Division of Historic Preservation. ISBN 1-878453-71-8.

The German Resources on the Mariana Islands Digital Library is a project jointly supported by:

The Johnstone Centre, Charles Sturt University, Albury, Australia

Northern Mariana Islands Council for the Humanities, Saipan, CNMI

Historic Preservation Office, Saipan, CNMI

Deutsche Kolonialzeitung

Organ der Deutschen Kolonialgesellschaft.

Verantwortlicher Schriftleiter: Hubert Henoch in Berlin.

Fünfundzwanzigster Jahrgang.

Berlin.
Eigentum und Verlag der Deutschen Kolonialgesellschaft.
1908.

Deutsche Kolonialzeitung.

Organ der Deutschen Kolonialgesellschaft

Bezugsstelle
Bureau der Deutschen Kolonialgesellschaft, Berlin, Schellingstr. 4

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Deutsche Kolonialgesellschaft, Berlin W. 9, Schelling-Straße Nr. 4.

Alleinige Anzeigen-Annahme:
Annoncen-Expedition Rudolf Mosse
Insertionspreis: 60 Pf. pro Zeile

Nr. 7. Berlin, 15. Februar 1908. 25. Jahrgang.

Inhalt: Veröffentlichungen der Gesellschaft: Tsetse-Preis. — Eingänge für das Elisabeth-Haus in Windhuk. — (Ohne Verantwortung der Gesellschaft): Imperialismus und Kolonialpartikularismus. Stabsarzt Dr. Lion. — Die Denkschrift über die Entwicklung der Schutzgebiete im Jahre 1906/07. — Brief aus Windhuk. G. — Die militärische Besetzung von Südwest-Afrika. Kolonoff. (Schluß). — Die Phosphatlager von Nauru. — **Rundschau.** — Wiedereinrichtung der Postverbindung nach Samoa über San Francisco. — **Literatur.** — **Aus den Abteilungen.** — **Verkehrsnachrichten.**

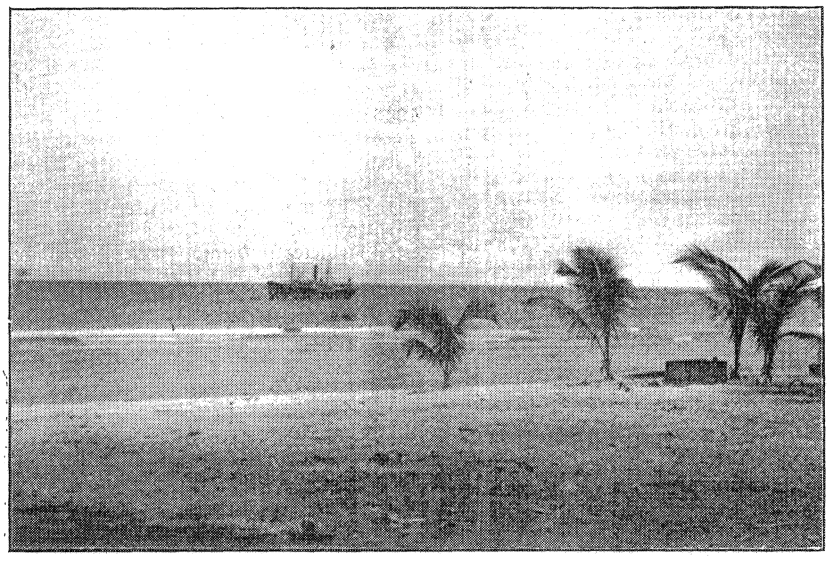
Veröffentlichungen der Gesellschaft.

Tsetse-Preis.

Das in Nr. 3 dieses Blattes vom 18. Januar 1908 veröffentlichte Preisausschreiben über den Schutz gegen die durch den Stich der Tsetsefliege verursachte Krankheit ist vielfach irrtümlich beurteilt worden, als es sich dabei nicht um einen vorübergehenden mechanischen Schutz der Tiere handeln soll, sondern um eine dauernde Festigung der Tiere gegen die Krankheit selbst durch eine Behandlung, die etwa der gegen Weiderot, Schweinerotlauf oder Milzbrand entspricht. Die Tsetse überträgt nämlich durch ihren Stich einen Krankheitserreger, der eine fast absolut tödliche Krankheit veranlaßt. Deshalb ist es erwünscht, ein Verfahren zu finden, durch das man die Rinder so seucheseſt gegen diese Krankheit macht, daß sie nicht bloß durch eine mit den giftübertragenden Fliegen besetzte Strecke durchgetrieben werden können, sondern daß sie dauernd in solchen Gegenden gehalten und auch zur Arbeit verwendet werden können.

Aeußerliche Mittel, durch die sich die Tiere gegen den Stich von Fliegen schützen lassen, sind aus den Tsetsegegenden schon seit langem bekannt und werden dort mit mehr oder weniger Erfolg schon lange angewendet. Keins aber hat bisher genügt, um auf die Dauer die Rinder vor der Infektion durch die Fliegen zu schützen.

Das Durchtreiben durch Fliegengegenden, das in dem Preisausschreiben erwähnt ist, soll nur dazu dienen, die erlangte Seuchefestigkeit nachzuweisen.



Strandbild von Nauru (Marshall-Inseln).

Eingänge für das Elisabeth-Haus in Windhuk.

E. A. Oldemeyer, Bremen, Effekten, Nominalwert 10 000 M (gestiftet für ein Freibett), Abt. Leipzig, Schlußrate, 1450 M, Buße in einer gewerblichen Streitigkeit von Herrn Rechtsanwalt Dr. R. M. in Leipzig 500 M, Margarete Macht, Chattanooga, Tenn. U. S. A., 83 M, Hauptmann Wallmüller, Cassel 10 M, N. N., Bonn 10 M, Dr. Lehmann, Hamburg 10 M, Apotheker Wilhelm Weber, Bochum 5 M, Gräfin Elisabeth Schönborn, Berlin 3 M, Missionar Müller, Heidelberg (Transvaal) 20 M; bei der Abteilung Stuttgart sind eingegangen: Sammlung der Intendanturſekretäre Stuttgarts, übergeben durch Herrn Oberintendanturſekretär Apel 25 M, Alb. M.-T., Stuttgart 13 M, Karl Lang, Kirchberg bei Jülich 10 M, N. N. 3 M, insgesamt . . 12 142,— M
Betrag der Quittung in Nr. 4 . . . . . 197 223,16 „
Gesamteingänge **209 365,16 M**

(Ohne Verantwortung der Gesellschaft.)

Imperialismus und Kolonialpartikularismus.

Im Jahre 1899 am Vorabend des Burenkrieges sagte der englische Staatssekretär des Auswärtigen, Lord Lansdowne: „Unter den Uebergriffen der südafrikanischen Republik kenne ich keinen, der mich mit mehr Entrüstung erfüllt, als die Behandlung der indischen Untertanen Ihrer Majestät in Transvaal." Eine der gewichtigsten Anklagen gegen das fremdenfeindliche Regime Krügers! Und im Jahre 1908 in der britischen Kolonie Transvaal noch schrofſere Ausnahmegesetze gegen die indischen Untertanen seiner britischen Majestät unter der ausdrücklichen Sanktion der Reichsregierung. Welch Treppenwitz der Weltgeschichte!

Leicht ist es Lord Elgin sicher nicht geworden, als er von

seinem in der jungen Transvaalverfassung für derartige Fragen ausdrücklich vorbehaltenen Vetorecht gegenüber dem neuen Immigrants Restriction Act keinen Gebrauch machte. Im Jahre zuvor hatte er dem gleichen Beschlusse des gesetzgebenden Rates die Zustimmung verweigert, die er dem neuen Parlament nicht mehr vorenthielt. Die Transvaal-Regierung hat somit das Recht erhalten, jeden Asiaten auszuweisen, der sich der Registrierung widersetzt. Und deren Bedingungen sind dazu angetan, die Indier zu einem solchen Widerstand geradezu zu reizen. Außer einer ganz genauen Angabe sämtlicher Familienangehörigen ist jeder Asiate gezwungen, einen Abdruck seiner Finger nehmen zu lassen, und zwar außer dem Abdruck der Daumen und der einzelnen Finger dann noch einen solchen sämtlicher Finger zusammen. Die Pässe müssen stets vom Inhaber getragen werden, jeder Polizist, Weißer oder Kaffer kann jederzeit ihre Vorzeigung fordern.

Der Fingerabdruck nun ersetzt in Indien und wohl auch in Südafrika in moderner Weise die Photographie des Paßbesitzers in Europa, an und für sich wäre diese Methode noch nicht besonders demütigend. Doch genügte bisher für diese Zwecke der Abdruck des linken Daumens, und nur bei schweren Verbrechern wurde ein Abdruck aller zehn Finger genommen. Dies macht es den Indiern so schwer, sich dieser Maßregel zu fügen, gegen die sie auch religiöse Bedenken hegen, die bei Indiern, wie die gefetteten Patronen des Jahres 1857 beweisen, bitter ernst zu nehmen sind. Nachgiebigkeit würde daher ein Aufgeben jeder Selbstachtung für sie bedeuten. Denn der gebildete Indier ist, wie schon Joë Chamberlain auf der Kolonialkonferenz 1897 sagte, „genau so zivilisiert wie der Europäer, vielleicht von edlerer Abstammung, was das Alter der Traditionen und der Familien betrifft, darunter Männer von Besitz, Bildung und hervorragender Tapferkeit, die einst das Reich durch ihre Treue gerettet haben". Auch Otto Corbach stellt neuerdings in Nr. 49 des „Tags" dem geistigen und wirtschaftlichen Aufschwung der Indier das glänzendste Zeugnis aus.

Durch das neue Gesetz sind nun treue britische Untertanen, gleich ob gebildet oder ungebildet, auf eine Stufe mit dem schmutzigsten chinesischen Kuli gestellt. Was Wunder, daß unter der Führung des indischen Rechtsanwalts Gandhi die Indier einfach die Registrierung verweigern, den Ausweisungsbefehl nicht befolgen und dafür Gefängnisstrafen erleiden, „weil sie es", wie es in einem Briefe an die „Times" heißt, „gewagt haben, die britischen Traditionen der Freiheit in einer britischen Kolonie aufrecht zu erhalten".

Die Transvaalregierung stellt durch ihren Kolonialsekretär Smuts ihre Handlungsweise als Akt der Notwehr dar, durch Fälschung und Verkauf der Pässe seien Indier unberechtigt ins Land gedrungen, drohten es zu überschwemmen. Transvaal sei aber das Land des weißen Mannes und müsse es bleiben.

Nun ist ja diese Behauptung durchaus gewagt in einem Lande, wo fast die ganze arbeitende Klasse farbig ist. Jedoch ist es stets zugkräftiger, durch Hervorheben des Rassenprinzips politischen Idealismus zu zeigen, als die wahren geschäftspolitischen Gründe in ihrer realistischen Nüchternheit zu offenbaren. Auch in Südafrika hat die ungünstige wirtschaftliche Konjunktur eine Steigerung aller Lebensbedürfnisse gebracht. Der bedürfnislose Indier kann auch in schlechten Zeiten seine Existenz fristen, er kann zu billigerem Preise mit geringerem Nutzen verkaufen, und so ist die Gefahr tatsächlich vorhanden, daß er den Handel mehr und mehr in die Hände bekommt, eine Erfahrung, die wir auch in unserem Ostafrika machen. Daher der an und für sich berechtigte Wunsch, Einwanderung und Niederlassung zu erschweren und zu beschränken. Wie erwähnt, ist die Indierfrage in Transvaal nicht neu. Schon durch das Gesetz von 1885 wurde Registerzwang vorgeschrieben, im Jahre 1903 ließen sich die Indier auf Anraten von Lord Milner freiwillig neuerdings registrieren. Dabei war ihnen versprochen worden, daß keine erneute Registrierung mehr verlangt werden würde. Das neue Gesetz würde nun viel von seiner Härte verloren haben, wenn es nur die neu Einwandernden betreffen würde. So kommen jedoch in erster Linie Indier in Betracht, die seit Jahren in Transvaal ansässig waren, dort Besitz erwerben und ihr Kapital investiert haben.

Die Indier müssen daher diese dritte Registrierung als böswillige Chikane betrachten; trotzdem versprach Gandhi, seine Landsleute dazu freiwillig veranlassen zu wollen, wenn eine weniger entwürdigende Form gefunden werden würde. Umsonst, der Kampf wird bis zum bitteren Ende durchgekämpft. Auch jetzt, nachdem die Führer in Haft, ruhen die Inder nicht, ihre Interessen zu vertreten.

116 frühere indische Soldaten sandten eine Petition an Lord Elgin, sie von den demütigenden Maßregeln zu befreien. Sonst würden sie den König bitten, sie auf den südafrikanischen Schlachtfeldern erschießen zu lassen, wo sie für Englands Sache geblutet hätten. Versammlungen werden gehalten, Fonds gesammelt und das Interesse der englischen öffentlichen Meinung wachgerufen.

Dies ist ihnen durchaus gelungen, in dem Sprechsaal der englischen Zeitungen unter drei kaum eine Stimme, die mehr oder weniger schüchtern die Haltung der Regierung billigt. Sie alle erkennen die eminente Gefahr, die dem Reichsgedanken droht. Die britische Regierung, die 300 Millionen indischer Untertanen beherrscht, sollte nicht imstande sein, deren Interesse gegen den Egoismus einer Handvoll ihrer eigenen Kolonisten zu schützen? Die zurückkehrenden Indier werden in ihrer Erbitterung nicht verfehlen, durch sensationelle Uebertreibungen und böswillige Erörterungen den Agitatoren der indischen Unabhängigkeit gefährlichen Zündstoff zu liefern und die Treue des indischen Heeres zu gefährden.[1]) Diejenigen, die bisher stolz waren, unter der Flagge eines mächtigen Reiches zu stehen, werden kein Interesse mehr an einer Regierung haben, welche ihnen innerhalb ihrer eigenen Grenzen keine größere Sicherheit gibt als dem niedrigsten chinesischen Kuli.

Einflußreiche Kreise, an ihrer Spitze Lord Ampthill, der Präsident des Südafrikanischen Britisch-Indier Schutzkomitees, und das Parlamentsmitglied Harold Cox suchen daher in letzter Stunde ein Nachgeben der Regierung zu erreichen. Bedeutungsvoll erscheint, daß alle betonen, daß hier nicht Parteiinteresse, sondern allein das Reichsinteresse maßgebend sein dürfe. Eine einzelne Kolonie habe nicht das Recht, aus lokalen Gründen diesen allein wertvollen Gedanken zu schädigen.

Und in der Tat erscheint das Vorgehen der Transvaalregierung um so auffälliger, als weder die Kapkolonie noch Natal, die unter denselben Bedingungen der Asiatenfrage stehen, ähnliche Gesetze bisher für erforderlich gehalten haben. Nachdem doch eine Föderation der südafrikanischen Kolonien wegen der Behandlung der so vielfachen gemeinsamen Interessen, insbesondere der Eingeborenenfrage, erforderlich geworden ist und von den führenden Persönlichkeiten auch erstrebt wird, wäre es Sache politischer Weisheit gewesen, ohne die Nachbarkolonien — unter Herbeiziehung hervorragender Indier — in der Lösung der Asiatenfrage nicht selbständig vorzugehen. Es ist nicht das erstemal, daß die britische Regierung vor solchen Problemen stand. Solange es Kolonien gibt, haben sie stets ihren Vorteil auf Kosten des Mutterlandes zu verfolgen gesucht und oft in engherziger Weise gemeinsame große Gesichtspunkte verkannt. Auch uns werden dereinst ähnliche Gefahren nicht erspart sein, schüchterne Anfänge sehen wir schon heute. Bisher ist es aber britischer Staatsweisheit meist noch gelungen, diese Gegensätze auszugleichen. Auch diesmal wird sie wohl Oel auf das indische Transvaalfeuer zu gießen wissen,[2]) aber eine endgültige Lösung der Asiatenfrage, die ja auch in Canada und in Australien brennend ist, wird, wenn überhaupt, erst eine fernere Zukunft bringen.

Stabsarzt Dr. Lion.

Die Denkschrift über die Entwicklung der Schutzgebiete im Jahre 1906|07.

Dem Reichstage ist soeben wie alljährlich die Denkschrift über die Entwicklung der Schutzgebiete in Afrika und der Südsee im Jahre 1906 und in den ersten Monaten 1907 zugegangen. Sie ist diesmal weit umfangreicher als in früheren Jahren und hat von der Kiautschoudenkschrift des Reichsmarineamtes die Uebung angenommen, ihre Darlegungen durch Bildschmuck anschaulicher zu machen.

Das meiste aus der Denkschrift ist durch vorherige Veröffentlichungen im Kolonialblatt, in den Zeitungen der Schutzgebiete usw. schon bekannt geworden, hier aber ist alles zu einem großzügigen Ueberblick über das Berichtsjahr 1906 bis März 1907 zusammengestellt, aus dem wir bezüglich der Entwicklung der Kolonien in der genannten Frist wiederum den Eindruck gewinnen: **Es geht vorwärts in unseren Kolonien.**

Ein Gradmesser des Fortschrittes ist der Stand der weißen Bevölkerung. Ihre Zahl in Deutsch-Afrika betrug am 1. Januar 1907 über 11 000 und hat sich in den letzten zwölf Monaten um 11 v. H. vermehrt.

---

[1]) Schon jetzt kommen Berichte über wutende Protestversammlungen aus Indien.

[2]) Der Unterstaatssekretär für die Kolonien hat bereits vorgeschlagen, den vertriebenen Indiern die Einwanderung nach Britisch-Ostafrika und Uganda als Entschädigung anzubieten. Dieser Vorschlag scheint in der öffentlichen Meinung Billigung zu finden, welche den Notstand der Transvalregierung nicht leugnet, jedoch auch den Indiern nicht wehe tun möchte.